

Die Zusammenschlußbewegung in der deutschen Schwerindustrie.

Von Alfred Landsburgh.

Berlin, 26. Dezember.

Während die Hörer der Universitäten und Handelshochschulen die Lehren der klassischen Nationalökonomie gläubigen Herzens in sich aufnehmen, scheinen diese Lehren in der Praxis des Wirtschaftslebens immer mehr ihre Gültigkeit zu verlieren. Selbstbestimmungsrecht, Gewerbefreiheit und unbehinderter Wettbewerb sind der Doktrin zufolge die Voraussetzung jeder hochentwickelten Leistung. Tatsächlich aber treibt Deutschland in eine gewerbliche Verfassung hinein, in der für jene Elemente einer erfolgreichen Weiterentwicklung kein Raum mehr ist. Zu dem Endzweck der Erzielung einer aufs höchste gesteigerten Leistungsfähigkeit wird derselbe privatwirtschaftliche Antrieb beseitigt, von dem das Dogma doch gerade jene Höchstleistung erwartet. Die Volkswirtschaftslehre predigt uns, und zwar unwidersprochen, daß wir den wichtigsten Hebel der Industrie in dem Prinzip der Arbeitsteilung zu erblicken hätten. Die Entwicklung aber geht den entgegengesetzten Weg und führt statt zur Spaltung und Spezialisierung der Betriebe zu ihrer Zusammenballung und zur Vereinigung der verschiedenartigsten Produktionsvorgänge unter einem und demselben Dach oder zum mindesten in einer und derselben betrieblichen Einheit. Wo die Theorie zehn getrennte Einzelwerke mit je einem einheitlichen Arbeitsverfahren fordert, türmt die Praxis heute einen einzigen Riesenbetrieb mit zehn Abteilungen und einem komplizierten Arbeitsprogramm auf, das die weisensfremdesten Produktionsstadien in sich vereinigt.

In der deutschen Schwerindustrie zeigt sich diese Zusammenballung in der deutlichsten Form. Daß Materialbeschaffung, Bearbeitung und Verfeinerung in der Hand eines und desselben Unternehmens liegen und daß die Materialbeschaffung möglichst bis zur Kohle und zum Erz hinunter, die Verfeinerung wiederum bis zum hochentwickeltesten Mechanismus der Dampfturbine und des Elektromotors hinauf reichen, das gilt heute als das oberste Gesetz der Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit. Also Arbeitsvereinigung, nicht mehr Arbeitsteilung. Das „reine“, das heißt auf ein einziges Produktionsstadium eingestellte Werk gilt dem „Gemischtbetrieb“ gegenüber ohne weiteres als rückständig, und fast jedes Unternehmen, dem es seine Mittel oder sein Kredit erlauben, strebt dahin, aus der Reihe der Spezialwerke auszutreten und sich durch Angliederung bisher selbständiger Betriebe, die auf der Produktionsleiter unmittelbar über oder unter ihm stehen, zum gemischten Konzern auszubauen. Nur wenige der bedeutenderen Montagesellschaften beharren noch immer trotzig auf der Reinerhaltung ihrer Individualität, die sie groß gemacht hat, und auch bei ihnen scheint es nur eine Frage der Zeit, daß sie sich mit dem neuen Geist abfinden und zum Gemischtbetrieb übergehen.

Haben wir daraus zu entnehmen, daß die alte klassische Lehre von der Ueberlegenheit der Arbeitsteilung eine Irrlehre ist oder daß sie bestenfalls nur für Größenverhältnisse Geltung hat, die von dem modernen Riesenunternehmen längst überholt sind? Die Praxis ist geneigt, so zu argumentieren; aber es wäre verhängnisvoll, wenn auch der Volkswirt sich diese Auffassung zu eigen machen wollte. Denn die gegenwärtige Zusammenschlußbewegung beweist in Wirklichkeit nicht das mindeste gegen das Prinzip der Arbeitsteilung. Auch heute noch, wie zu Zeiten Adam Smiths und seiner berühmten gewordenen Nadelfabrik, ist unter sonst gleichen Voraussetzungen derjenige Betrieb der technisch leistungsfähigste, der sich am meisten spezialisiert, und das abscheuliche „Taylor-System“, das sich neuerdings in Amerika durchgesetzt hat und ganze Arbeiterbataillone zur automatischen Verrichtung derselben, ständig wiederkehrenden zwei oder drei Handgriffe abrichtet, ist nichts anderes als das alte Arbeitsteilungsprinzip in seiner modernsten und zugleich brutalsten Form. Andererseits wäre es aber ein genau so großer Irrtum, anzunehmen, daß die moderne deutsche Praxis der Arbeitsvereinigung auf falschen Voraussetzungen beruhe, und daß all die Werke, die sich heute zu großen Gemischtkonzernen ausbauen, im Grunde gegen ihr wirkliches Interesse handelten. Die praktische Entwicklung zwingt uns vielmehr anzuerkennen, daß unter den zurzeit in Deutschland gegebenen Verhältnissen die Abkehr vom Prinzip der Spezialisierung trotz seiner technischen Ueberlegenheit privatwirtschaftlich gerechtfertigt ist, und zwar deshalb, weil mit der Abkehr ökonomische Vorteile verbunden sind, die den technischen Nachteil reichlich aufwiegen.

In der Tat: Was nützt den Werken heute das denkbar vollkommenste Arbeitsverfahren, wenn sie sich das Material, das sie verarbeiten, zu ungünstigeren Bedingungen verschaffen müssen als ihre Konkurrenz? Oder wenn sie im Kampf um den Absatz Opfer bringen müssen, die größer sind als der Nutzen, den sie aus ihrer besonderen Leistungsfähigkeit ziehen? Nach beiden Seiten hin sind aber heute die „reinen“ Werke im Nachteil gegenüber den großen Gemischtbetrieben. Nach der Materialseite hin, weil die Syndikate ihnen, den Abnehmern, Preise diktieren, die weit höher liegen als der aus Selbstkosten und Normalnutzen zusammengesetzte Gestehungspreis der Gemischtwerke mit eigenem Material. Nach der Absatzseite hin, weil die Syndikate, denen sie selbst angehören, ihnen ein beschränktes Verkaufskontingent vorschreiben, über das sie selbst bei größter Leistungsfähigkeit nicht hinausgehen dürfen und das sie nur dann überschreiten können, wenn sie einen Teil ihrer Erzeugnisse zu solchen Fabriken weiterverarbeiten, die nicht syndiziert sind. Beide Momente sind rein organisatorischen Ursprungs, Produkte einer durchaus künstlichen Entwicklung. Sie spornen die Werke zu einer immer weiter getriebenen Dezentralisation an, die für sie von Vorteil ist, solange die künstlich geschaffenen Voraussetzungen bestehen bleiben, die aber sofort zu einem verhängnisvollen Konflikt mit dem an sich überlegenen Prinzip der Arbeitsteilung führen muß, sobald

Produktion und Markt wieder unter die natürlichen Gesetze der freien Konkurrenz geraten, das heißt die Syndikate auseinanderfallen. Und das ist das Bedeutsame der jetzigen Entwicklung in Deutschland: Dadurch, daß die ganze Schwerindustrie zu einem Prinzip übergeht, das nur so lange richtig ist, wie die Voraussetzungen einer kunstvollen Syndikatswirtschaft bestehen, ändert die Syndikatsfrage ihr ganzes Gesicht. Sie ist kein privatwirtschaftliches Problem mehr, das nur den einzelnen, jeweils mit diesem Problem befaßten Industriezweig angeht, sondern das Grundprinzip, auf dem die ganze deutsche Schwerindustrie beruht und das nicht ohne schwere Erschütterung dieses wichtigsten Teiles der deutschen Erwerbstätigkeit wieder beseitigt werden kann. Selbst wenn also die Regierung eines Tages zu ihrer alten, vor etwa zehn Jahren verlassenen Anschauung zurückkehren wollte, daß die Industriekartelle mehr Schaden als Nutzen stifteten, würde sie aus diesem Anschauungswechsel dennoch nicht die praktischen Konsequenzen ziehen, weil sich mittlerweile die ganze schwerindustrielle Organisation auf das Kartellwesen in seiner gegenwärtigen Gestalt zugeschnitten hat.

Man ersieht hieraus, wie verhängnisvoll es unter Umständen werden kann, wenn man es unterläßt, scheinbar rein privatwirtschaftliche Vorgänge auf dem Gebiete der Industrie und des Handels auf ihre wirtschaftspolitische Tragweite hin zu prüfen. Man hat die Konzentrationsbewegung viele Jahre lang als einen volkswirtschaftlich nicht übermäßig bedeutungsvollen Vorgang ruhig mitangesehen. Man hat sie dann während des Krieges durch eine Organisation, welche die Kriegstüchtigkeit der deutschen Industrie zur höchsten Potenz hinaufzucht sollte, grundsätzlich gefördert und auch da wohlwollend geduldet, wo sie ihren Ursprung weniger in dem Streben nach erhöhter Leistungsfähigkeit als in gewissen finanziellen und steuerpolitischen Erwägungen der Industriellen hatte, die nicht mehr wußten, wohin mit den Kriegsgewinnen. Und so ist es gekommen, daß eine anfangs nur geduldete Entwicklung allmählich so stark geworden ist, daß der Staat die Voraussetzungen, aus denen sie hervorgewachsen ist, schwer mehr ändern kann.

Aber die Regierung sollte sich während der kommenden Uebergangszeit die gewonnenen Erfahrungen zunutze machen und der Konzentrationsstendenz, welche die wirtschaftspolitischen Entschlüsse der Regierung selbst auf Jahrzehnte hinaus präjudiziert, einen Damm setzen, zum mindesten aber ihren Auswüchsen und Uebertreibungen entgegenzutreten. Als eine solche Uebertreibung muß beispielsweise der neueste Zusammenschluß im Montanergewerbe angesehen werden, dessen Mittelpunkt die Bismarck-Hütte ist. Um sich eines der wenigen noch freien Siegerländer Erzbergwerke zu sichern, gliedert sich dieses oberschlesische Werk die rheinisch-westfälischen Stahlwerke, also ein Hüttenunternehmen in geographisch entgegengesetztem Gebiete, an, nur weil dieses vor einigen Wochen die Hand auf die Hälfte des begehrten Erzbergwerkes gelegt hat. Fast sieht es so aus, als ob man diese Besitzhälften nur deshalb an die rheinisch-westfälischen Stahlwerke verkauft hat, um für die aus mancherlei Gründen gewünschte Fusion der letzteren mit der weit entfernten Bismarck-Hütte einen halbwegs plausible klingenden Vorwand geltend machen zu können. Aber auch wenn es anders sein sollte und die den Zusammenschluß betreibenden Personen sich wirklich von sachlichen Motiven leiten ließen, sollte in Ansehung der wirtschaftspolitischen Konsequenzen, die sich aus dem Konzentrationsübermaß ergeben, derartigen Verschmelzungen, die völlig überflüssige Kunstprodukte einer ganz bestimmten, möglichst bald zu überwindenden Wirtschaftsverfassung sind, energisch entgegengetreten werden.